

---

Anton Schmid in Schutterwald 1933–1943:

## Ein Dorfpfarrer widersteht den Nazis

*Karl Hansert*

Es war ein glücklicher Fund wider das Vergessen: ein Aktenfascikel aus 147 Blättern, mit einer groben Schnur zusammengeheftet, die Seiten eng beschrieben mit Schreibmaschine und einer sehr schönen und regelmäßigen, gleichwohl oft nicht leicht lesbaren altdeutschen Schreibschrift. Über ein halbes Jahrhundert lang hatte das Bündel im Schrank des katholischen Pfarrhauses in Schutterwald verborgen gelegen, und nachdem ein neuer Pfarrer eingezogen war, bewahrte es nur die glückliche Aufmerksamkeit eines Fußgängers vor der Vernichtung und dem endgültigen Vergessen auf einem Haufen Sperrmüll am Straßenrand. Schließlich waren die Blätter über einige merkwürdige Umwege auf mich gekommen.

„Kampf und Krampf“ war auf dem rot-braunen, an den Rändern eingerissenen Deckblatt mit schwarzer Tinte geschrieben, darunter war mit schwarzer Tinte ein kleines, gegenläufiges und etwas unregelmäßiges Hakenkreuz gemalt. Was auf den Blättern zu lesen war, beginnt unmittelbar nach der Machtergreifung der Nazis im Frühjahr 1933 und endet im Sommer 1943. Anton Schmid, der im Frühjahr 1933 als junger Pfarrer in der katholischen Gemeinde „St. Jakobus“ in Schutterwald eingesetzt worden war, beschreibt und dokumentiert seinen Widerstand gegen die Nazis auf dem Rathaus in dem Dorf und auf der Gestapo-Leitstelle in Offenburg. Er berichtet davon, wie sie ihm das Leben schwer machten, wo und wie sie nur konnten, er schreibt von der offenen Feindschaft und von den Denunziationen insbesondere des Ortsgruppenleiters und Schulleiters der damaligen Volksschule. Nachzulesen sind auch die Verhöre bei der „Gestapo-Leitstelle“ in Offenburg, die „Strafgelder“ und die brutale Beraubung, die wiederholte Inhaftierung und Androhung von KZ-Haft. Die Blätter berichten auch von Bürgern aus dem Dorf, die sich für den Pfarrer mutig einsetzen. Der Pfarrer schreibt aber auch in bewegenden Worten von seiner Enttäuschung, wie sehr er von seinem Bischof und der bischöflichen Verwaltung in Freiburg in seinen Nöten allein gelassen wurde.

In Kenntnis der Millionen Toten des 2. Weltkrieges, der Millionen Menschen, die ihrer Heimat beraubt wurden, und in Kenntnis der maßlosen Erschütterungen und Verbrechen

jener Jahre, dazu im Abstand von zwei Generationen, mag uns manches, was in jenem Aktenfaszikel aufgeschrieben ist, nicht allzu sehr bewegen. Schließlich, so könnte man sagen, ist der Pfarrer aus unserer Sicht der Nachgeborenen noch einmal gut davon gekommen – aus der Sicht der Nachgeborenen, die wissen, wie alles ausgegangen ist. Aber das konnte der Pfarrer ja nicht wissen. „Aufs Tiefste gekränkt und erschüttert“, so schreibt er später, litt er unter den Schikanen und Bedrohungen der Nazis, die umso brutaler und rücksichtsloser auftraten, je schwächer das Regime im Verlauf des Krieges wurde. Er sah seine seelsorgerliche Arbeit, seine „Berufung und Sendung“, wie er schreibt, aufs Äußerste bedroht, war in größter Sorge, dass die Jugend durch die Nazis „verderbt“ wird, und war erschüttert, dass seine Kirche – ein bis dahin unerhörter Übergriff politischer Willkür! – monatelang verschlossen wird. Und ganz besonders schwer kam es ihm an, dass die „Krieger im Feld“, wie er sie nannte, keine Post mehr von ihm bekommen konnten, nachdem die Gestapo aus Offenburg ihm seine Kartei, seine Schreibmaschine, einfach alles brutal und überfallartig weggenommen hatte. Und schließlich musste er aus gutem Grund befürchten, dass die Gestapo ihn, nachdem sie ihn schon wiederholt eingesperrt hatte, ihn auch wie angeht ins KZ bringen würde. Das konnte damals, 1943, sehr schnell gehen, und er wäre wahrlich nicht der erste Priester in Dachau gewesen.

Diese persönliche Betroffenheit des Pfarrers ist es wert, seine Geschichte nicht dem Vergessen zu überlassen. Mehr noch: Wir sind geneigt, den Widerstand gegen den Nazi-Terror mit großen und bekannten Namen zu verbinden. Das kann dazu verleiten, das mutige Widerstehen der Menschen im Kleinen nicht angemessen wertzuschätzen oder sogar ganz zu übersehen. Dabei ist dieser Widerstand, in bewusster Inkaufnahme persönlicher Gefahr, vielleicht nicht weniger wert als jener, den wir mit großen Namen verbinden. Pfarrer Schmid war einer von den vielen mit einem wohl eher kleinen Namen, deren Mut und Widerstand es nicht weniger verdienen, in der Erinnerung bewahrt zu werden.

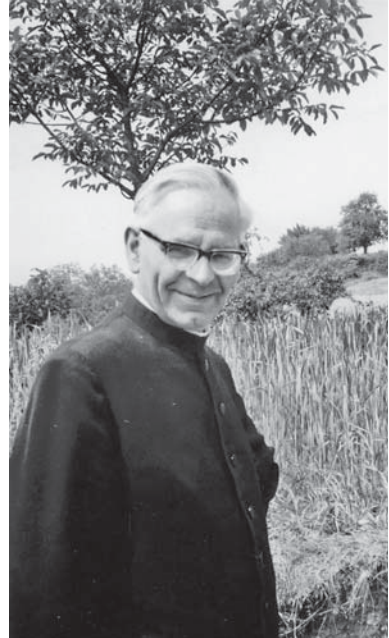
Es ist nun nicht möglich, alles, was in jenem Faszikel über 140 Seiten aufgeschrieben ist, wiederzugeben. Eine ausführlichere Schilderung würde auch zeigen, wie die Menschen im Dorf jene Jahre erlebt haben, und es würde auch einen Pfarrer zeigen, der bei allem Ärger und Streit und bei aller Gefahr auch über einen gesunden Humor verfügte und der sich auch ins Fäustchen lachen konnte – wohl eine Art Bewältigungs- und Überlebenshilfe. Das alles würde aber den vorgegebenen

Rahmen überschreiten. Deshalb sollen nur die eindrucklichsten Geschehnisse dargestellt werden.

### **Pfarrer Anton Schmid**

Geboren wurde Anton Schmid am 23. Februar 1899 in Hochberg (Linzgau), im damaligen Land Hohenzollern, als Sohn eines Dorfschullehrers. Nach sechs Jahren Volksschule in Langenslingen und nach Vorbereitung durch seinen Vater und den Pfarrer des Dorfes wechselte er als Internatsschüler des St. Fidelishauses in Sigmaringen in die Quarta (Anm.: heute Klasse 7) des Gymnasiums in Sigmaringen. Unmittelbar nach dem Abitur ging er – wahrscheinlich als Freiwilliger, 1917! – zum Militär und kam im August des Jahres zum Einsatz an der Front. In den Kämpfen in Flandern erlitt er eine Verletzung des rechten Armes – davon wird später noch die Rede sein –, sowie eine schwere Granatsplitterschädigung an der Stirn, die große Narbe über der rechten Stirnseite war zeitlebens gut sichtbar. Deshalb wurde er aus dem Heeresdienst entlassen, nach zwei Beförderungen und ausgezeichnet mit dem Frontkämpferkreuz. Diese Beförderungen und das Frontkämpferkreuz hebt er über 20 Jahre später in einem Schreiben vom 6. Januar 1936 an das „Hochw. Erzb. Ordinariat Freiburg“ ausdrücklich hervor. Zum Wintersemester 1918 begann er das Studium der Theologie an der Universität in Freiburg, am 1. Juli 1923 wurde er im Münster zu Freiburg zum Priester geweiht.

Im anschließenden Dienst als Vikar war er auch an die Pfarrei Singen/Hohentwiel versetzt worden. Diese Tätigkeit in Singen von 1927 bis 1929 weist nun einige für einen jungen Vikar der 1920er Jahre ungewöhnliche Züge auf. So kam es „zu Streitereien mit marxistischen Bewegungen, denen ich“, wie er im Brief an das Ordinariat Freiburg ebenfalls am 6. Januar 1936 schreibt, „durch mein Entgegenreten und meinen großen Schutzengelbund jegliches Entstehen sog. Kinderfreunde-Gruppen vollständig unmöglich machte“. Für die örtliche Zeitung schrieb er immer wieder aktuell-politische und theologische Beiträge, und in Singen hat er, wie er später seinem Bischof schreibt, „nicht nur zweimal die Gefallenengedenkrede gehalten, sondern auch einmal einen großen Vortrag über die deutsche Außenpolitik von 1870 bis 1914“ – für einen jun-



*Anton Schmid,  
Pfarrer in Schutter-  
wald 1933–1960.  
(Foto: Karl Völlinger)*

gen Vikar in den Jahren 1928 und 1929 eine zweifellos ungewöhnliche politische Aktivität.

Während dieser Jahre war seine politische Heimat aber nicht das katholisch-konservative „Zentrum“, wie es für einen jungen Kaplan in den Zeiten der Weimarer Republik zu erwarten gewesen wäre, im Gegenteil: Der Kaplan Anton Schmid war Mitglied im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, in einer Vereinigung von Kriegsveteranen und Republikanern mit ausgeprägt sozialdemokratischen Zügen, „zum Schutze der Weimarer Republik“, wie er später schreibt. Für seinen Oberhirten in Freiburg dürfte er mit dieser politischen Ausrichtung buchstäblich so etwas wie ein „rotes Tuch“ gewesen sein, und diese für seine kirchlichen Vorgesetzten zweifellos provokante Einstellung könnte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, dass er später, als er mit den Nazis in Bedrängnis kam, von seinen Vorgesetzten nicht die Hilfe bekam, die er so dringend benötigt hätte.

Nach vier Jahren als Kaplan wurde nun dem jungen Pfarrer Schmid im Frühjahr 1933 die Pfarrei „St. Jakobus“ Schutterwald übertragen – „ein beglückendes Angebot“, wie er seinem Bischof schrieb. Sein Vorgänger war nach Streitereien um ein von ihm veranlasstes und maßlos überzogenes kirchliches Bauvorhaben im Dorf abberufen worden, es herrschte eine äußerst ungute, sogar feindselige Stimmung unter den Leuten. So trat der neue Pfarrer Schmid ein recht schwieriges Erbe an in einer Gemeinde, die mit 3300 Einwohnern<sup>1</sup> die größte und mit zwölf „Evangelischen“ eine fast ausschließlich katholische Dorfgemeinde im damaligen Landkreis Offenburg war. In kurzer Zeit gelang es aber dem neuen Pfarrer, dank seiner Durchsetzungsfähigkeit und seiner verbindlichen Art, die durch die Baumaßnahmen zerrütteten finanziellen Verhältnisse zu ordnen und den Frieden in der Pfarrgemeinde wiederherzustellen, nicht zuletzt auch dank seines großen Einsatzes in der Seelsorge und seiner überzeugenden persönlichen Lebensführung und Frömmigkeit. So gewann er einen starken Rückhalt in seiner Gemeinde, die ihm in persönlicher Bedrohung schon im Jahr 1933, ganz besonders aber während der bedrohlichen Entwicklung im Frühjahr 1943, eine große Bestärkung war und die dann auch mit bewundernswerter Zivilcourage für ihn eintrat.

Er hat seinen Dienst in der Gemeinde über 27 Jahre hin immer als *die* große ihm von Gott übertragene Aufgabe und Verpflichtung verstanden. Als in den Kriegsjahren fast wöchentlich Nachrichten vom Tod eines Soldaten – eines Sohnes, eines Bruders, eines Ehemanns, eines Vaters – in die Familien

### **Ergebnis Reichstagswahlen 05. März 1933**

➤ <b>Badische Zentrumspartei</b>	<b>796</b>	<b>47%</b>
➤ <b>NSDAP</b>	<b>660</b>	<b>38%</b>
➤ <b>Kommunist. Partei</b>	<b>146</b>	<b>9%</b>
➤ <b>SPD</b>	<b>61</b>	<b>3,5%</b>

**Sonstige: 2,5 % u.a.**

- **Kampffront Schwarz-Weiß-Rot;**
- **Evangelischer Volksdienst;**
- **Bauern- u. Weingärtnerbund;**
- **Sozialistische Kampfgemeinschaft**

einbrachen, ist er in jedes Haus gegangen, immer wieder, um den Menschen in ihrem Leid beizustehen, hat „Betstunden für die Krieger im Feld“ abgehalten, die Trost und große Bestärkung für die Menschen im Dorf waren, wie mir später immer wieder bestätigt wurde.

1933: Anton Schmid ist nun seit Frühjahr ordentlicher Pfarrer in der großen Pfarrgemeinde „St. Jakobus“ in Schutterwald. Die Machtergreifung vom Januar 1933 war auch hier im Dorf schnell angekommen. Dennoch war bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 die Badische Zentrumspartei im Dorf (s. Kasten) mit 47% stärkste Partei geblieben.<sup>2</sup>

Aber „Reichskommissar“ Robert Wagner – er hatte im März den badischen Staatspräsidenten Dr. Joseph Schmitt vertrieben und selbst das Amt des Staatspräsidenten übernommen – hatte nach dem „Führerprinzip“ einen Nazi-Bürgermeister eingesetzt, der unverzüglich die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt Ortsgruppe“ (N.S.V.) aufbaute. Im Zuge der „Gleichschaltung“ war es deshalb auch schon zu ersten Reibereien der Nazis mit kirchlichen Gruppen und Verbänden gekommen. Der folgende, in der Sache vielleicht etwas marginale, aber grundsätzlich bedeutsame Vorfall zeigte nun, dass der Pfarrer, im Gegensatz zu vielen seiner Amtsbrüder, von Anfang an nicht bereit war, sich zurückzuziehen und sich zu fügen. Was war geschehen?

Der Vorsitzende des katholischen Arbeitervereins bekam auf einem abgerissenen kleinen Stück Papier – es ist im Aktenfaszikel erhalten! – ohne weitere Anrede am 30.08.1933 die Nachricht: „10 Mann kath. Arbeiterverein: Sie werden aufgefordert, heute Abend 8 Uhr im Bürgersaal zu erscheinen, indem Sie auf Sonntag zur letzten Sammlung für ‚Mutter und Kind‘ eingeteilt sind. Bei Nichterscheinen wird unbedingt Sabotage angenommen. Heil Hitler! Der Ortsgruppenleiter“.

Der Pfarrer erhielt natürlich Kenntnis von dieser Aufforderung. Aber damit war der Herr Ortsgruppenleiter an den Richtigen geraten: der Weltkrieg-1-Frontsoldat, mehrfach verwundet und mit dem Frontkämpferkreuz ausgezeichnet, weist den NSV-Mann darauf hin, dass die kirchlichen Vereine nur ihm, dem Pfarrer, unterstellt sind und „ersucht nun zum dritten Male um die Einhaltung des Instanzenweges, Aufforderungen an die kirchlichen Vereine also an das Pfarramt zu richten“, und er fährt fort:

*„Schärfstens zurückweisen muss ich aber den Ton der Aufforderung, ‚bei Nichterscheinen wird unbedingt Sabotage angenommen‘: Ich halte diese Beifügung für eine derartige Amtsanmaßung, dass ich nicht umhin kann, mein Befremden darüber öffentlich in aller Form auszusprechen. Ich mache die Mitwirkung meiner Leute bei der morgigen Sammlung und meine fernere Mitgliedschaft bei der N.S.V. davon abhängig, dass der besagte Satz in aller Form zurückgenommen wird. (...) Ich halte nicht dafür, dass man auf solchen Methoden das bald einsetzende Winterhilfswerk wird aufbauen können. Gegen das Werk wehrt sich niemand in unseren Reihen. Aber mit Peitsche und Revolver lassen wir uns nicht zum Wohltun zwingen.“ (Der letzte Satz ist unterstrichen.)*

Der N.S.V.-Ortsamtsleiter äußerte sich nicht, der Pfarrer weigerte sich, wie angekündigt, unter diesen Umständen seinen Beitrag zu zahlen, und so wurde ihm „am 23. Oktober 1933 vom N.S.D.A.P. Gau Baden durch den N.S.V. Kreisamtsleiter, Abteilung Organisation, die bisherige Mitgliedschaft(!) entzogen, mit sofortiger Wirkung! Heil Hitler“.

Inzwischen wurden die Auseinandersetzungen schärfer: Am Vormittag des letzten Sonntags im Oktober 1933, am damals noch sogenannten Christkönigssonntag, kam, ganze neun Monate nach der „Machtergreifung“, aus Offenburg ein SA-Zug, marschierte mit Blasmusik und Trommel an der Kirche vorbei, kam zurück und stellte sich schließlich auf dem Kirchplatz auf, unverändert blasend und trommelnd, während in

der Kirche die feierliche Sonntagsmesse gefeiert wurde. Zeitgleich zur damals noch abgehaltenen Andacht am Sonntag-nachmittag (genannt „die Vesper“), hielt dann der Kreisleiter in der damals größten Wirtschaft des Dorfes eine Kundgebung ab. „Der Saal war voll“, schreibt der Pfarrer. Die Rede ist erhalten, ein Vertrauter des Pfarrers hatte mitgeschrieben, der Kreisleiter schloss pathetisch: „Für jeden Vater, für jede Mutter ist es eine Ehre und eine Pflicht, ihre Kinder aus Vaterlandsliebe dem Führer zu schenken“ – zum Ende des Krieges werden im Dorf 231 Gefallene zu beklagen sein.

Bei der „Kreisleitung Offenburg, Adolf-Hitler-Haus“ (Anm.: auf dem Briefbogen ist die Anschrift nicht angegeben, nur „Fernsprecher 2121“) protestierte der Pfarrer „schärfstens gegen die Störung des Gottesdienstes“. Er wird zum Verhör vorgeladen, „angebrüllt“, wie er schreibt, und mit einer „Strafverfügung in Höhe von 150 RM“ belegt (Anm.: im Jahr 1933 lag ein durchschnittlicher Monatslohn bei ca. 140 RM).

### „Kampf um die Jugend“

Inzwischen wurden wie überall im Reich auch im Dorf die kirchlichen Jugendvereinigungen durch den „Reichsjugendführer“ Baldur von Schirach aufgelöst. Dabei waren es gerade die Lehrer in der Volksschule, angeführt vom Schulleiter und gleichzeitigen Ortsgruppenleiter, die auf die Schüler einen zunehmenden Druck ausübten, in die „Hitlerjugend“ (HJ) und in den „Bund deutscher Mädels“ (BdM) einzutreten. So wurde aus den Reibereien zwischen dem braunen Bürgermeister im Rathaus und dem Mann im Pfarrhaus, dem ehemaligen Frontsoldaten, ein „Kampf um die Jugend“, wie der Pfarrer formuliert. Denn der Pfarrer wehrte sich natürlich gegen die Einvernahme seiner Pfarrjugend in die HJ und in den BdM. Der Pfarrer hat sorgfältig aufgeschrieben, wie das zugeht und was die Schüler und die Eltern ihm aus der Schule berichteten: „Wenn du“, so die Lehrer, „nicht zu uns kommst, dann bekommst du ein schlechtes Zeugnis und dann bekommst du keine Lehrstelle. Dann wird dein Vater bei der Eisenbahn (Schutterwald war damals ein Bauern- und Eisenbahnerdorf) entlassen, oder er wird versetzt, nach Köln oder Königsberg(!). Der Großvater verliert seine Pension, der Vater bekommt als Handwerker keine Aufträge mehr und ist erledigt.“ „Kein Papst und kein Bischof kann euch helfen“, hieß es zum Schluss, ergänzt um die moralische Keule: „Und dann seid ihr selbst an allem schuld.“

Ein Mädchen in der 8. Klasse, vor der Schulentlassung stehend, hielt diese Belastung nicht aus und wollte sich in seiner Verzweigung im Baggersee umbringen.

### Ein Hirtenbrief

Die Zerstörung der kirchlichen Jugendorganisationen war nun ein klarer Bruch des Artikels 31 des Reichskonkordates vom 20. Juli 1933, in dem die Reichsregierung sich verpflichtet hatte: „Diejenigen katholischen Organisationen, welche ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und Tätigkeiten geschützt.“ Die deutschen Bischöfe ermahnten nun unter dem Eindruck dieser bedrohlichen Entwicklung im Hirtenbrief „An Klerus und Volk“ vom 20. August 1933 zu „Ruhe und Ordnung. Vergeltet nicht Böses mit Bösem, die Familienväter und pflichttreuen Staatsbeamten mögen sich hervortun durch Gewissenhaftigkeit und Opfergeist“<sup>3</sup>. Der „Ostergruß“ des Papstes Pius XI. hatte zuvor „den geliebten Söhnen (!) in Deutschland“ versichert, „eure Verbände sollen jedenfalls wissen, mit Apostolischem Segen, dass ihre Sache Unsere Sache ist“, und der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber schrieb in seinem Hirtenbrief am 26. Juli 1935 „An die organisierte katholische Jugend der Erzdiözese“, sie möge „die Reihen umso enger und fester schließen (...)“, „die Jungens und Mädels“ sollen sich ihren „deutschen Charakter nicht bemeckern lassen“, denn „Schweigen und Leiden macht groß“.<sup>4</sup>

Nun waren „Schweigen und Leiden“ nicht gerade herausragende Charakterzüge des ehemaligen Weltkrieg-1-Soldaten und Pfarrers Anton Schmid in Schutterwald, jedenfalls nicht „Schweigen“. Deshalb war die Empfehlung des Erzbischofs aus Freiburg, seines obersten Dienstherren, zum „Schweigen“ absolut nicht das, was er sich als Antwort auf die Kampfansage des Reichsjugendführers aus Berlin vorgestellt hatte. So hatte er im Hirtenbrief seines Erzbischofs den Satz, in dem dieser vom „Recht auf das Leben eurer Organisationen“ schreibt, durchgestrichen und am Rande mit roter Tinte vermerkt: „Es ist unsere heilige Pflicht sie zu schützen und erhalten“. „Pflicht“ steht in Großbuchstaben und ist unterstrichen.

Der Pfarrer beschwerte sich bei den Lehrern, beim Nazi-Bürgermeister und, das will etwas heißen, bei der inzwischen gefürchteten Gestapo in Offenburg, mit dem wohl absichtlich naiven Zusatz, er könne sich „nicht vorstellen, dass das von oben gebilligt oder gar gewollt ist“. Dann schrieb er an den



„Hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. Gröber“, mit der „Bitte um Bestärkung, wie angesichts dieser Not zu verfahren ist“. Eine Antwort des Erzbischofs blieb indessen aus. Schließlich heftete er, und das hatte die Gestapo in Offenburg ausdrücklich verboten, Kopien des „Hirtenbriefs an Klerus und Volk“ der deutschen Bischöfe vom 3. September 1933 an alle drei Türen seiner Kirche. Handschriftlich ist mit rotem Stift in den Akten vermerkt: „Wurde gelesen“.

Schließlich ging der Pfarrer an die Öffentlichkeit und kündigte für den Sonntag nach dem schon erwähnten SA-Aufmarsch, für den 3. November 1933, eine „große Predigt“ an. So geschah das auch. „Die Kirche war überfüllt“, schreibt er. Er berichtete, wie die Lehrer in der Schule den Kindern in der Schule zusetzten, sprach von den Eltern, die ihn in ihrer Not aufsuchen, beklagte das Mädchen, das sich vor wenigen Wochen umbringen wollte. Seinen Kampf verglich der Pfarrer mit dem Kampf Davids gegen Goliath, „aber von einem Sieg kann die Gegenseite niemals reden, auch wenn es in fetten Überschriften so dargestellt wird“.

Wohl ahnend, dass er sich in seiner „großen Sonntagspredigt“ weit hinausgewagt hatte – wenige Wochen zuvor war der Stadtpfarrer von Ettlingen, Augustin Kast, in „Schutzhaft“ genommen worden, erst nach Kriegsende, nach zwölf Jahren, kam er aus dem KZ Dachau frei – schloss er die „große Predigt“: „Sollten sich für mich unangenehme oder gar schlimme Folgen ergeben, so spreche ich, wie einst am Weihetag in Freiburg: ‚Sehet, ich stehe zur Verfügung – da bin ich.‘“

Der Oberlehrer und Ortsgruppenleiter – er hatte sich wenige Tage zuvor mit dem Pfarrer gestritten und ihn angebrüllt, er schäme sich, Katholik zu sein, worauf dieser ihn schriftlich aufforderte, „er werde sich bis Sonntag für dieses freche Wort entschuldigen“ – war auf die Ankündigung der „großen Sonntagspredigt“ natürlich auch in die Kirche gekommen und hatte fleißig mitgeschrieben. Zusammen mit weiteren Parteigenossen, die auch zugehört hatten, was der Pfarrer von der Kanzel herunter seinem Kirchenvolk verkünden musste, beeilte sich der Herr Oberlehrer und Ortsgruppenleiter, den Pfarrer bei der Staatsanwaltschaft Offenburg umgehend anzuzeigen, bereits „gleich am Montagmorgen“, wie der Pfarrer vermerkte. Die Anzeige wurde an den SS-Oberführer und Minister des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe, Otto Wacker, weitergeleitet. Die-



*Augustin Kast, Ettlinger Stadtpfarrer war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Im Juni 1933 kam er in „Schutzhaft“.  
(Foto: pr)*

ser schrieb am 21. Dezember 1933 an das „Erzb. Ordinariat Freiburg“:

*„Pfarrer Anton Schmid in Schutterwald hat am Sonntag, den 3. November 1933, im Hauptgottesdienst in Schutterwald über das Thema ‚Im Kampf um die Jugend‘ gepredigt und dabei Ausführungen gemacht, die geeignet waren, die Bevölkerung gegen den nationalsozialistischen Staat aufzuhetzen. (...) Außerdem hat Pfarrer Schmid an sämtlichen 3 Eingangstüren der Pfarrkirche in Schutterwald den Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz angebracht, obwohl ihm bekannt sein musste, dass die Verbreitung strengstens verboten ist. Aus der Vergangenheit dieses Geistlichen ist bekannt geworden, dass er als Vikar in Singen vom Jahre 1927 bis 1929 tätig war und dort mit dem Reichsbanner sympathisierte. Anlässlich einer Feier auf dem Friedhof soll er als Reichsbannerkamerad gesprochen haben. (...) Die von der Geheimen Staatspolizei jetzt festgestellte Handlungsweise des Geistlichen stellt eine äußerst schwerwiegende Verletzung des Ortsfriedens in Schutterwald dar, dass ich in Übereinstimmung mit dem Herrn Minister des Inneren um alsbaldige Versetzung des Geistlichen ersuchen muss.“*

Daraufhin schrieb das Erzbischöfliche Ordinariat, die bischöfliche Verwaltung, am 28. Dezember 1933, ohne weitere Anrede:

*„Pfarrer Anton Schmid in Schutterwald: Wir übersenden Ihnen in der Anlage die Abschrift des Schreibens des Herrn Ministers des Kultus und Unterrichts vom 21. d. Mts. zur Äußerung über die gegen Sie vorgebrachten Beschwerden.“*

Der im Schreiben vermerkten Aufforderung, eine „Ausfertigung Ihrer Predigt vom 3. November“ vorzulegen, kommt der Pfarrer unverzüglich nach und fügt hinzu:

*„Eine allgemeine Aufregung und Erregung im Dorf, die sich in zahlreichen Besuchen der Eltern unserer Kinder im Pfarrhaus Luft verschaffte, veranlassten mich zu dieser Predigt (...), die Not vieler Eltern bisheriger Jungschar Kinder, die erkannt hatten, dass in diesem Kampf Macht vor Recht geht, die in der Sorge um ihr Brot ihre Kinder dem Jungvolk schweren Herzens freigeben. Ich betrachte es als meine Hirtenpflicht, diesen Eltern in ihrer Not beizustehen.“*

Seine Behauptung, jener Erlass des Reichsjugendführers sei ein Rechtsbruch, nehme er nicht zurück, „auf keinen Fall, nie-

mals“. Er verwehrt sich in seinen „bescheidenen Ausführungen“ noch einmal gegen die

*„ungeheuerlichen Anschuldigungen, die mich persönlich aufs Tiefste kränken. Die Abwehrstellung des Pfarramtes (...) kann nur dann als eine Verletzung des Ortsfriedens in Schutterwald angesehen werden, wenn man das Recht des Hirten bestreitet, den Wolf einen Wolf zu nennen.“*

Eine Antwort des Erzbischöflichen Ordinariats an den Pfarrer Schmid konnte in den Akten nicht ausfindig gemacht werden.

### Der Oberstaatsanwalt: Verhör

Die Staatsanwaltschaft in Offenburg jedoch verfolgte die Anzeige des Schulleiters und seiner Parteigenossen wegen „Missbrauch der Kanzel“<sup>5</sup> weiter. Der Pfarrer wurde deshalb am 17. Mai vom Oberstaatsanwalt in Offenburg aufgefordert, bereits am folgenden Tag, „am Freitag, 18. Mai, 8 Uhr, morgens, pünktlich bei mir zu erscheinen“.<sup>6</sup> Im Verhör stellte der Staatsanwalt dann auch fest, dass „eindeutig ein Missbrauch der Kanzel“ vorliegen würde. Der Pfarrer wurde dann aber keineswegs entlassen, den ganzen Tag über wurde er festgehalten, die Nacht zum Samstag musste er, wie er schrieb, „im Vorzimmer verbringen, am Morgen gab es eine Kanne Tee, wie warmes Wasser“. Erst nach neun Uhr am Abend wurde er entlassen, über 36 Stunden war er festgehalten worden. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren wurde jedoch „ausnahmsweise“ eingestellt, der Pfarrer bekam eine Geldbuße von 300 RM, damals ein ungewöhnlich hoher Betrag (s. oben), sowie einen „scharfen Verweis“, und nur wegen der Tatsache, dass er nicht vorbestraft sei, würde es dabei bleiben. „Es liegt an Ihnen, für die Zukunft die Konsequenzen zu ziehen.“ Pfarrer Schmid unterschrieb, mit dem Zusatz, „ich nehme den scharfen Verweis untätigst entgegen“.

Ein Rechtsanwalt mit Namen Zimmermann aus Offenburg (Näheres ist nicht zu erfahren) hatte ihm – im Mai 1934 ein Nachweis von Zivilcourage! – bei der Vernehmung durch den Staatsanwalt zeitweise beigegeben. Er brachte den Pfarrer auch am späten Samstagabend in seinem Auto bis zur Kinzigbrücke, den restlichen Heimweg ins Pfarrhaus nach Schutterwald, gute sechs Kilometer, musste der Pfarrer zu Fuß machen – „um halb zwölf kam ich an“, schreibt er. „Für den Beistand und das Mitnehmen“, bedankte er sich schriftlich, als er die

„Kostenrechnung in Höhe von RM 20, zuzüglich 2% Umsatzsteuer“, beglich.

Zwei Jahre später, im September 1936, zeigte der Oberlehrer und stellvertretende Ortsgruppenleiter den Pfarrer erneut an, jetzt beim Kreiskulturstellenleiter. Er, der Pfarrer, habe im Religionsunterricht eine „Anspielung auf den deutschen Gruß“ gemacht und „den Machtanspruch des Nationalsozialismus in Frage gestellt“. Zwei Polizisten holten den Pfarrer unmittelbar nach der Morgenmesse aus der Sakristei heraus, im „Haus der Partei“ in Offenburg erfolgte erneut ein „scharfes Verhör mit Anbrüllerei“, so der Pfarrer. Den ganzen Tag über wurde er dort festgehalten und auch jetzt wieder erst gegen Mitternacht freigelassen, den Weg in der Nacht ins Pfarrhaus nach Schutterwald musste er erneut zu Fuß zurücklegen. Nach einigen Tagen bekommt er eine „Strafverfügung von 350 RM“, und dann kommt die Drohung: „Bei Rückfall droht Schutzhaft“.

Vonseiten des Ordinariates in Freiburg, dem der Pfarrer auch jetzt wieder berichtet hatte, kam der Tadel eines „eigenmächtigen und unklugen Vorgehens“.

### **Maul- und Klauenseuche im Dorf: Die Kirche wird geschlossen**

Ein Jahr später begann ein neues Kapitel der Auseinandersetzung mit den Nazis auf dem Rathaus und der Gestapo in Offenburg. Anfang Oktober 1937 war im Dorf die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, und das Bezirksamt Offenburg teilte unter Bezug auf „Bekanntmachung im Führer“<sup>7</sup> am 5. Oktober 1937 dem Pfarrer in Schutterwald mit: „Versammlungen jeder Art, bei der ein größerer Personenkreis zusammen kommt, sind verboten, auch Gottesdienste. Ausnahmen bewilligt das Bezirksamt“. (Anm.: „auch Gottesdienste“ ist unterstrichen, offensichtlich rechnete man damals noch mit einem „größeren Personenkreis“.)

Noch am selben Tag rückten nun fünf Polizisten an und legten Ketten und Siegel an die zwei Seitentüren und an das Hauptportal der Kirche. Dieses unglaubliche Vorgehen war eindeutig eine böswillige Maßnahme gegenüber dem Pfarrer, unter der natürlich nicht weniger auch die Leute im Dorf zu leiden hatten. Denn eine noch dazu mit Ketten verschlossene Kirche war bis dahin unvorstellbar. Die Leute konnten nicht glauben, was geschehen war, denn das hatte es, seit die Kirche stand, nicht gegeben. Der Pfarrer machte nun in einem Anschlag an die drei Kirchentüren die Verfügung des Bezirksam-

tes bekannt, er werde aber, wie bisher, „täglich eine heilige Messe lesen, zu der aber niemand Zutritt haben kann“. Er schrieb sofort an das Ordinariat von seiner „tiefen Erschütterung“. Eine Antwort ist auch hier nicht belegt.

Heutzutage, nur zwei Generationen später, mag es keiner besonderen Erwähnung wert sein, wenn eine Kirche, und sei es bezirksamtlich, zugeschlossen wird, und nur wenige Leute würden sich auch noch wie damals darüber empören, wie noch zu berichten ist. So ist es wohl zu verstehen, dass ein im Herbst des Jahres 1937 die Menschen im Dorf zutiefst verstörendes Geschehen heute aus der Erinnerung fast vollständig verschwunden ist. Erst auf Nachfragen erinnerten sich einige hochbetagte Leute.

Natürlich protestierte der Pfarrer erneut „aufs Schärfste“ gegen die Ketten an den Kirchtüren, mit der Folge, dass er erneut zum Verhör einbestellt wurde, dieses Mal in die Kreisgeschäftsstelle der Partei. „Im Vorzimmer holte ich mir einen Anbrüller“, so berichtet er. Dann wurde er weggeschickt, und dabei blieb es zunächst – eine trügerische Ruhe. Denn zwei Wochen später, am Samstag, 16. Oktober 1937, geht der Sturm richtig los, wie der Pfarrer wieder einmal mehr seinem Ordinariat berichtet: „Um halb acht früh, nach der Messe, kam ein Gendarmeriewachtmeister namens Leb mit drei Mann ins Pfarrhaus.“ Ohnmächtig musste er zusehen, wie die Polizisten in sein Schreibzimmer eindrangen, und wie der Wachtmeister seinen Schreibtisch durchsuchte. „Der Wachtmeister“, schreibt der Pfarrer weiter, „beschlagnahmte das Wochenblättchen ‚Die Hoffnung‘, ebenso das Verkündbuch, und die Männer packten alles ein. Auf meine Frage nach dem Rechtstitel dieser Maßnahme wurde ich angebrüllt, ‚die Geheime Staatspolizei wird alles erklären, Sie werden bis Dienstag dort erscheinen‘.“

Unverzüglich legte der Pfarrer bei der Geheimen Staatspolizei in Offenburg schriftlichen Protest ein. Als er am Dienstag dort, wie befohlen, erschien und erneut protestierte und „Die Hoffnung“ und das Verkündbuch zurück haben wollte, wurde er von einem „Kerl in Uniform“ im Flur angeschrien, er solle sofort „abhauen“.

Die „Geheime Staatspolizei, Außenstelle Offenburg, Baden“, teilte dem Pfarrer drei Wochen später, am 10. November, mit, dass die Gendarmerie angewiesen ist, das „Verkündbuch“ zurückzugeben. „Der Beschlagnahme des Wochenblättchens ‚Die Hoffnung‘ wegen müssen Sie sich an die Staatsanwaltschaft Offenburg wenden.“ Zweimal, am 15. und 25. November, verlangte der Pfarrer deshalb die Rückgabe der beschlagnahmten

„Hoffnung“. Die Staatsanwaltschaft Offenburg teilte dem Pfarrer lediglich am 12. Dezember mit, „Ihr Blatt ‚Die Hoffnung‘ ist nach Karlsruhe zur Prüfung an das Ministerium geschickt worden. Sie können sich dorthin wenden.“ Der Pfarrer scheint darauf verzichtet zu haben. „Die Hoffnung“ verblieb im Ministerium in Karlsruhe, für immer.

### Ein neuer Seuchenfall

Indessen teilte das Bezirksamt am 18. November 1937 dem Bürgermeisteramt und dem Pfarramt mit, dass die Maul- und Klauenseuche erloschen sei und die Kirche – über sechs Wochen lang war sie geschlossen gewesen! – „vom Sonntag, 21. November, wieder geöffnet werden darf. Den Bewohnern von Höfen<sup>8</sup> ist jedoch die Teilnahme an den Gottesdiensten und das Betreten der Kirche vorläufig nicht gestattet“. Jedoch die Freude der Leute im Dorf, jetzt wieder in die Kirche gehen zu können, dauerte nur kurz. Denn nur zwei Tage später – es ist Samstagvormittag – rückte der besagte Wachtmeister mit seinen drei Mann wieder an und verschloss und versiegelte die Kirche erneut. Das Bezirksamt in Offenburg hatte sich, noch rechtzeitig vor dem Sonntag, beeilt, dem Pfarrer mitzuteilen, dass „gestern ein neuer Seuchenfall in Schutterwald festgestellt wurde“.

Der Pfarrer protestierte entrüstet, legte sich mit dem Gendarmeriewachtmeister und seinen drei Mann an, es half ihm nichts. „Tief erschüttert“ berichtete er seinem Erzbischof in Freiburg, was geschehen war. Eine Antwort findet sich auch hier nicht in den Papieren. In seiner Not wandte sich der Pfarrer erstaunlicherweise jetzt sogar an den Herrn Oberlehrer und Ortsgruppenleiter. Es könne ihm, so schreibt er, „dem Herrn Oberlehrer, doch nicht gleichgültig sein, wenn die Schüler der Kirche fernbleiben müssen“. Dieser antwortete: „Wann die Kirche bezirksamtlich wieder offen ist zu sagen, ist nicht meine Sache. Aber ich habe Ihr Schreiben sofort („sofort“ ist unterstrichen!) aufs Rathaus gesandt. Heil Hitler.“

Inzwischen waren die Menschen im Dorf nicht mehr bereit, dieses unglaubliche Vorgehen des Bezirksamtes hinzunehmen. Nicht weniger als 15 Bürger, sieben Frauen und acht Männer, schrieben am 30. November:

*„An das Kreisamt in Offenburg: Die Schließung der Kirche seit zwei Monaten ist ein unhaltbarer Zustand. Für diese Maßnahme besteht kein Grund, wo doch die Wirtschaften immer offen waren. Wir können nicht zuschauen, wie der gute Einfluss unseres Pfarrers unterbunden wird.“*

Ein Bürger aus dem Dorf, ein angesehener Landwirt, schrieb sogar noch an die Gestapo. „Ich habe“, so schreibt er, „schon den ‚Führer‘ gelesen, als er noch als Wochenschrift erschien“. Dann macht er sich sogar auf zur Gestapo-Leitstelle – Zivilcourage im November 1937! –, wurde aber „im Vorzimmer abgefertigt“, wie er dem Pfarrer berichtet.

Der zweite Adventsonntag kam, der Pfarrer protestierte erneut bei der „GeStaPo“. Hilfesuchend schrieb er an seinen Generalvikar Rösch<sup>9</sup>, den Stellvertreter des Bischofs und Leiter der zentralen Verwaltungsbehörde in Freiburg:

*„ (...) Wirtschaften, Kaufläden waren nie geschlossen, aber die Kirche und das ganze katholische Vereinsleben sofort. Schweine wurden verwogen auf der Gemeindewaage gleich neben der Kirche, die Gaißen (Anm.: so die Schreibweise des Pfarrers) zum Bock gebracht. Aber die Gläubigen und die Kinder müssen an der geschlossenen Kirche vorbeigehen. Da packt es mich und ich habe mir gesagt, jemand muss doch einmal sagen, welches die Rangordnung der Werte ist.“*

Eine Antwort aus Freiburg ist in den Akten nicht auffindbar, die Kirche war immer noch geschlossen, und schließlich ist in vier Tagen Weihnachten! Aufs Äußerste besorgt und beunruhigt wollte der Pfarrer am 21.12. 1937 vom Bürgermeister wissen, ob die Kirche zu Weihnachten geöffnet werden könne. Umgehend, am 22. Dezember, kam die Antwort des Bürgermeisters,

*„An das Erzbischöfliche Pfarramt: Außerkirchliche Weihnachtsfeiern: Nachdem in Schutterwald erneut Maul- und Klauen-seuche ausgebrochen ist, befindet sich Schutterwald weiterhin im Sperrgebiet. Kirchliche Weihnachtsfeiern und Versammlungen sind verboten. Laut RdErl. v. 13.12.1937 Nr. 100 556 ist der Partei, ihre Gliederungen und angeschlossene Verbände in der Zeit vom 20.12.1937 bis zum 1. Januar 1938 in den Sperrgebieten entsprechende Veranstaltungen (Volksweihnachten!) durchzuführen gestattet.“*

Die Kirche war seit fast einem Vierteljahr verschlossen, und dann geschah auch noch dieses: Eine anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Offenburg beschuldigte den Pfarrer der „unzüchtigen Annäherung an Kinder“! Er wurde erneut zum Verhör einbestellt. Aber das war nun doch wohl selbst dem braunen Staatsanwalt, der bisher nicht gerade anständig mit dem Pfarrer umgegangen war, zu viel: Die Anzeige wurde nicht weiter verfolgt.

Der Pfarrer sah also seine Kirche verschlossen, seit fast drei Monaten, und dann diese unsägliche Verleumdung! Wer den kämpferischen und schon auch zu cholerischen Ausbrüchen neigenden Pfarrer gekannt hat, mag nachempfinden, wie sehr er durch diese Anzeige und das beschämende Verhör zutiefst getroffen und verletzt war. Einen bewegenden Eindruck seiner Gemütsverfassung zeigt ein Eintrag auf einem Blatt in den Akten: Hier hat er handschriftlich alle neun Strophen des Gedichtes „Die öffentlichen Verleumder“ von Gottfried Keller<sup>10</sup> aufgeschrieben: „Ein Ungeziefer ruht im Staub und trockenem Schlamme, (...) gehüllt in Niedertracht und zischelt seine Grüße (...) ein Lügner vor dem Volke ...“. Beigefügt ist ein Zeitungsbeitrag, in dem das Leben des Dichters, des „reifen Mannes in vielerlei Nöten“ beschrieben ist. In ihm mag der Pfarrer sich wohl selbst erkannt und vielleicht auch getröstet haben.

Die Kirche im Dorf blieb also weiterhin versiegelt und verschlossen, und wenn es nach dem offensichtlich zu allem entschlossenen Bürgermeister auf dem Rathaus gegangen wäre, hätte der Pfarrer die Weihnachtmesse für sich allein in seiner menschenleeren Kirche lesen können. Inzwischen schien aber in den Herren im Bezirksamt in Offenburg die Erkenntnis gereift zu sein, dass das doch zu weit gehen würde. Deshalb stellten sie einen Tag später fest, dass die Seuche plötzlich und auf wundersame Weise erloschen war, nachdem der Bürgermeister noch einen Tag zuvor einen „neuen Seuchenfall“ diagnostiziert hatte. „Ein Wachtmeister aus Offenburg war mit dem Rad gekommen“, wie der Pfarrer notierte, und brachte noch am Abend des 23. Dezember Post vom Bezirksamt: Es gibt keine Maul- und Klauenseuche mehr im Dorf, die Leute dürfen wieder in ihre Kirche gehen. Der „Bott“ (Anm.: Gemeindediener) radelt, wie das damals und bis in die frühen 1950er Jahre üblich war, durch die Straßen des Dorfes, läutet mit der „Schelle“ und verkündet der Gemeinde die frohe Weihnachtsbotschaft von der Öffnung ihrer Kirche. So versammelte sich die Gemeinde am Weihnachtsmorgen in der Kirche, nachdem sie fast drei Monate lang verschlossen gewesen war. Indessen, die Erinnerung an diese Ereignisse ist, wie oben schon erwähnt, im Dorf fast vollständig verschwunden.

Die Kirche war also wieder offen, aber der nächste Streit ließ nicht lange auf sich warten. Denn kaum einen Monat später war es wieder soweit, und wenn die Angelegenheit nicht so ernst und bedrückend gewesen wäre, könnte man fast kabarettistische Züge erkennen: In der Fastenzeit des



Jahres 1938 wollte der Kirchenchor das Theaterstück „Christus in der großen Stadt“ aufführen. Dem Parteigenossen und Bürgermeister auf dem Rathaus konnte das natürlich nicht entgehen. So beeilte er sich, der Gestapo-Leitstelle in Offenburg umgehend zu berichten, was der Kirchenchor vorhatte, und am 11. Februar teilte er das Ergebnis seiner Wächtertätigkeit dem Pfarrer mit:

*„Hochw. Herr Pfarrer: Wie mir die geheime Staatspolizei Offenburg mitteilt, bedarf die Aufführung des Theaterstückes der Genehmigung. Sie müssen das zur Aufführung vorgesehene Theaterstück zur Nachprüfung dem Kreiskulturstellenleiter vorlegen. Heil Hitler.“*

Und nun hat der Herr Kreiskulturstellenleiter, ein gewisser Herr Steiger aus Offenburg, seinen großen Auftritt als Zensor. Sorgfältig und gewissenhaft durchforscht er „Christus in der großen Stadt“, und teilt das Ergebnis seiner Studien schließlich am 23. Februar 1938 dem Pfarrer mit:

„An das Erzb. Pfarramt Schutterwald:

„Christus in der großen Stadt‘ weist einzelne Stellen auf, deren Tendenz verdächtig wenn nicht gar staatsfeindlich ist. Schon das geschriebene Wort erweckt dessen Eindruck, der beim Vortrag noch verstärkt und recht wirksam in die Erscheinung treten wird.“ Als Beweis für den zersetzenden Inhalt des Stückes führt der Herr Zensor an, dass „schon im zweiten Auftritt des ersten Aktes Vinzenz den Goldpeter mit ‚Grüß Gott‘ begrüßt. Goldpeter antwortet: ‚Nanu, ihr seid nicht von hier, so grüßt man hier nicht.‘“ „Diese Stelle“, so erkennt der Kreiskulturstellenleiter, „enthält eine offensichtliche Anspielung auf den Deutschen Gruß“ – womit er in der Tat gar nicht so falsch lag!

„Im 1. Auftritt des 2. Aktes“, so fährt der Herr Zensor dann fort, „steht der Satz: ‚Was nutzt ein toter Hauptmann der Bewegung? Ihr treibt ein lustiges und gefährliches Spiel mit dem Bollwerk eurer Leiber.‘“ Und da erkennt der Zensor scharfsinnig: „Ist das nicht eine Zersetzung und eine Hetze gegen den Wehrdienst und offensichtlich läuft diese Unterhaltung auf die Bestrebung hinaus den Machtanspruch des Nationalsozialismus im Staate zu bestreiten. Nach den Anweisungen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda RMfVP vom 23. Juli 1935 sind solche politischen Bedenken vorhanden, sodass also die Zulassung des Stückes abgelehnt wird. Gez. Steiger Heil Hitler.“

Das Stück „Christus in der großen Stadt“ brachte der Kirchenchor in der Fastenzeit 1938 also nicht auf die Bühne. Dabei hätte der aufmerksame Herr Zensor dem Pfarrer durchaus gefährlich werden können. Denn am 17. Februar 1938 hatten die Nazis – sie wussten ja, was sie vorhatten – eine „Kriegssonderstrafrechtsverordnung“ erlassen, welche „die Zersetzung der Wehrkraft unter Todesstrafe stellt. In minder schweren Fällen kann auf Zuchthaus oder Gefängnis erkannt werden“.

### Ein nächtlicher Streifendienst

Zu den eher kleineren Gehässigkeiten zählte, dass am 21. Mai 1940 ein „Streifendienst“ den Pfarrer um Mitternacht aus dem Bett klingelte. Auf die Frage des Pfarrers, was denn los sei, wurde, wie er schreibt, „mir zugebrüllt: besser verdunkeln, Nordseite, 3. Stock, Licht brennt“. Der Pfarrer ging in der Dunkelheit durchs Haus – der aufmerksame mitternächtliche Streifendienst hatte sich inzwischen in der Dunkelheit schnell verdrückt –, nirgendwo brannte Licht, erst recht nicht „im 3. Stock, Nordseite, weil es dort, auf dem Dachboden des Hauses, überhaupt kein Licht gibt“, wie der Pfarrer dem Bürgermeister schreibt. Dieser sorgte indessen dafür, dass der Pfarrer nur zwei Tage später die Vorladung zum Verhör auf der Leitstelle erhielt, einen ganzen Tag wurde er dort wieder festgehalten. Schließlich erhielt er „auf Grund des § 9 des Luftschutzgesetzes eine Straf-Verfügung, weil er sich trotz Verwarnung gegen die Verdunklung vergangen hat, Beweismittel Ortskommandant, in Höhe von 150.- RM, im Falle der Unbeibringlichkeit eine Haftstrafe von 1 Tag. Der Bürgermeister. Der Ortskommandant. Heil Hitler“.

### „Unsinnig viele Gefallene“

Januar 1943: Inzwischen ist seit über drei Jahren Krieg, und am 30. Dezember 1942, im Silvester-Gottesdienst zum Jahresende, hatte der Pfarrer „unsinnig viele Soldaten und Gefallene der Pfarrei“ beklagt. Die Namen hatte er feierlich vorgelesen und dazu an die Angehörigen kleine Holzkreuze ausgeteilt, auf denen die Namen ihrer Toten aufgeschrieben waren. „Viele Pfarrkinder weinen still, einige laut“, schreibt der Pfarrer. Dazu waren im „Pfarrblatt“ vom 15. Januar 1943 auch die Namen der Gefallenen aufgeschrieben und nachzulesen: 79 Gefallene waren es, aus Stalingrad würden vom Dezember 1942 noch zwei Namen dazu kommen. (Anm.: Im Jahre 1939 gab es im Dorf etwa 480 Männer zwischen 19 und 40 Jahren.<sup>11</sup> Bei

Kriegsende waren 231 Soldaten gefallen, somit war fast die Hälfte jener Jahrgänge tot. Bereits im 1. Weltkrieg stellte das Dorf 349 Soldaten, 93 von ihnen fielen.)

Dass die Menschen in der Kirche weinen, dazu noch laut, wenn 79 Namen der Gefallenen aufgerufen werden, das war natürlich auch dem Bürgermeister und dem Schulleiter und Ortsgruppenleiter unerträglich, die deshalb sofort an die Gestapo-Leitstelle in Offenburg meldeten, was sich in der Kirche in Schutterwald ereignet hatte. Was dann geschah, schreibt der Pfarrer seinem Erzbischof in Freiburg am 2. Februar 1943 und an das Ordinariat, das ihm schon bisher nicht beigestanden war:

*„Am Freitag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr erschien im Pfarrhaus ein Beamter der geheimen Staatspolizei, mit drei Mann, der mich wieder einmal mehr zum Verhör nach Offenburg befahl.“*

Unser Pfarrer hatte ja den Krieg am eigenen Leibe erfahren, und so fährt er fort:

*„Vom ersten Tag des Krieges an habe ich die briefliche Verbindung mit den vielen Soldaten der Pfarrei aufgenommen. Schon nach dem 2. Rundbrief an alle Krieger erfolgte durch die Gestapo die Beschlagnahme und Wegnahme meiner beiden wertvollen und unersetzlichen Adressenkartotheken (Anm.: Näheres ist aus den Akten leider nicht ersichtlich), in denen ich einmal nach dem Namensalphabeth, dann nach der Feldpostnummer alle einberufenen Pfarrkinder registriert hatte. Nun konnte ich natürlich nur noch denen schreiben, die mich mit Feldpost bedachten. Das waren selbstverständlich nicht alle, aber doch so viele, dass ich an Silvester 1942 im Besitz von 1128 Feldpostbriefen und -karten (so in der Durchschrift des Briefes unterstrichen) war. Seit mindestens 2 Jahren habe ich keine einzige Sendung unbeantwortet gelassen und deshalb an einzelnen Tagen, besser gesagt: Nächten, 12, ja bis zu 35 Briefe zu schreiben gehabt. Zu Neujahr 1942 habe ich den von der Kolpingfamilie herausgegebenen Neujahrsbrief, zu Pfingsten und Allerseelen einen eigenen Brief mit dem Beiblatt (Anm.: Das Beiblatt ist leider nicht erhalten) an alle erreichbaren Krieger gesandt. Den Pfingst- und Allerseelengruß habe ich in der Kirche verteilt, wo die Zettel reissend Absatz fanden. Zur Fastenzeit hatte ich wieder etwas Ähnliches vor. Um über die Korrespondenz wenigstens einigermaßen Herr zu werden, habe ich auch Briefe geschrieben, in denen ich einen mehr allgemein gehaltenen Text vervielfältigte, und mit Hand Anrede und Unterschrift und einige persönliche Sätze hinzufügte.“*

Da raubte die Gestapo dem Heimatpfarrer schon nach dem 2. Rundbrief, also wohl bald nach Kriegsbeginn, seine „wertvollen und unersetzlichen Adressenkarthotheken“, damit es ihm unmöglich wird, mit seinen „Kriegern“ weiter in Verbindung zu bleiben. Aber das hatte diesen hartnäckigen Pfarrer und Weltkrieg-1-Soldaten nicht zum Schweigen gebracht: Er schrieb wenigstens den Soldaten, von denen er selbst Post bekam, wobei es doch höchst erstaunlich ist und ein bezeichnendes Licht auf die Persönlichkeit des Pfarrers werfen dürfte, dass die Soldaten ihrem Heimatpfarrer schreiben. Und nun erdreistete sich dieser auch noch, in der Kirche die Namen der „unsinnig vielen Gefallenen“ – 79 Namen! – vorzulesen und dazu auch noch kleine Holzkreuze mit den Namen der Gefallenen auszuteilen, zur Erschütterung der Gemeinde, und das zu einer Zeit, in der den Tageszeitungen befohlen war, die Todesanzeigen der Gefallenen kleinformatig zu halten. Das war für die Gestapo nicht weiter hinnehmbar, damit musste endgültig Schluss gemacht werden. Wie das geschah, berichtet er seinem Erzbischof und dem Ordinariat in Freiburg:

*„Die von der Ge.Sta.Po. getroffenen Maßnahmen bestanden darin, dass die große AEG-Schreibmaschine und der neue GEHA-Vervielfältiger beschlagnahmt werden, dazu noch der Allerseelengruß 1942. Die konfiszierten Gegenstände wurden 2 Tage später per Auto nach Offenburg geholt.“*

*„Der Gestapo-Mann“, so fährt der Pfarrer fort, „durchwühlte auch noch meinen Schreibtisch und hat mitgenommen, ‚Mein Osterweg zum Tisch des Herr‘, das ist die Hinführung zur Erstkommunion, eine broschierte Fassung für jedes Kommunionkind, 66 Stück zusammen, auch das ‚Kommunionglöcklein‘. Alles beschlagnahmt und sofort alles mitgenommen, dazu das Protokoll zu den Marienfeiern vom 16. und 23. August (Anm.: 1942). Die Vervielfältigung desselben in einer Auflage von 300 hatte den Zweck, die Erinnerung an das Gelöbnis wach zu halten und zur Erfüllung aufzumuntern. Mein an Ort und Stelle vorgetragener lauter Protest war vergeblich.“*

„Lauter Protest“ ist unterstrichen, und wer den Pfarrer gekannt hat, weiß, der Pfarrer konnte wirklich laut werden. (Anm.: „Das Gelöbnis“, abgelegt bei den erwähnten Marienfeiern, bestand darin, dass die Gemeinde in der Kirche einen neuen Marienalter errichten würde, sollte das Dorf vom Krieg einigermaßen verschont bleiben. Das Gelöbnis hat die Pfarrgemeinde im Sommer 1950 feierlich eingelöst.) „Ich habe

vor“, so beendete er seinen Bericht an den Bischof, in dem spürbar ist, wie sehr er unter dieser Beraubung litt, „gegen die von der Gestapo getroffenen Maßnahmen Einspruch zu erheben“.

Zwei Tage später, am Mittwoch, 15. Februar, wurde es für den Pfarrer wirklich gefährlich. „Ich wurde wieder einmal mehr zur Geheimen Staatspolizei nach Offenburg befohlen, auf 8 Uhr am Morgen“, so schreibt er am 22. Februar dem Ordinariat in Freiburg, die handschriftlich angefertigte Zeitschrift (die Schreibmaschine hatte man ihm ja weggenommen) findet sich in den Akten.

*„Dort wurde mir eröffnet, dass mit der Konfiszierung der beschlagnahmten Teile und Maschinen die Sache nicht erledigt sei. Den ganzen Tag über ging das so, im Pfarrhaus mich zu melden war mir verboten. Die Nacht musste ich ein weiteres Mal auf der Leitstelle verbringen. Die Erteilung einer scharfen Rüge und die Androhung von Konsequenzen in Form von scharfer Haft musste ich am Morgen unterschreiben. Vor allem wurde auch beanstandet, dass ich für die schon lange verbotene Zeitschrift ‚Das Kommunionglöcklein‘ einen verbotenen Ersatz geschaffen habe. Ich musste weiterhin bleiben, erst gegen Mitternacht wurde ich entlassen.“*

Dieses Mal hatte dem Pfarrer kein mutiger Anwalt beigestanden, auch auf dem Weg durch die Februarnacht zurück ins Pfarrhaus war er allein.

In den Akten findet sich indessen kein Hinweis, dass der Pfarrer „gegen die von der Gestapo getroffenen Maßnahmen Einspruch“ erhoben hätte. Man hatte ihm ja alles geraubt, seine „wertvolle und unersetzliche Kartothek“, seine „Schreibmaschine und den Vervielfältiger“, den „Osterweg zum Tisch des Herrn“, auch noch „das Kommunionglöcklein“, das auf die Gestapo einen derart gefährlichen Eindruck gemacht haben muss, dass es verboten werden musste! Er muss wohl erkannt haben, dass es jetzt für ihn wirklich gefährlich werden würde, wenn er sich weiter vorwagen würde. Er kannte ja das Schicksal seines Amtsbruders Augustin Kast, des Stadtpfarrers von Ettlingen, und musste befürchten, dass die Gestapo auch mit ihm so verfahren würde, und das würde KZ-Haft bedeuten. Er hatte für diesen Fall einige schriftliche Verfügungen getroffen, überschrieben „Ich bin bereit“.

Vom Ordinariat seines Erzbischofs in Freiburg waren auf seine Briefe, die in Wirklichkeit Hilferufe waren, keine Antworten gekommen, jedenfalls findet sich kein entsprechender

Beleg in den Akten. So erinnerte sich der Pfarrer an einen Bekannten aus der Schulzeit, von dem er offensichtlich wusste, dass er in Berlin tätig war und mit dem er wohl in Verbindung stand, nähere Hinweise finden sich jedoch nicht. Diesem berichtete er, was ihm angetan wurde, besonders aber auch von seinen Befürchtungen. In diesem handschriftlich abgefassten Brief, eine Zweitschrift hatte er hinterlegt, klagte er über „arge Schmerzen in den ganzen Muskeln im rechten Arm, bis zur Schulter, die beim Schreiben bald auftreten, es kommt von der Verwundung im Kriege, ich kann dann kaum mehr weiter-schreiben, man hat mir ja die Schreibmaschine weggenommen. An die Krieger im Feld kann ich gar nicht mehr schreiben.“ Besorgt und fast selbstanklagend fügte er an: „Was denken sie wohl von mir?“ Er wäre jedoch nicht der Pfarrer Anton Schmid, wenn er sich ganz hätte einschüchtern lassen und kapituliert hätte. Eine junge Frau aus seiner Pfarrgemeinde, inzwischen hochbetagt, die als Lehrling in einem Geschäft in Offenburg arbeitete, schrieb für ihn noch für einige Monate Briefe an die Soldaten, „immer mit zwei Durchschlägen“, wie sie berichtete, mit dem Einverständnis des Lehrherrn und in der Mittagspause! Alle wussten, wie gefährlich war, was sie taten: Widerstand der kleinen Namen! „Die Gestapo hat nie etwas gemerkt“, schrieb der Pfarrer. Vielleicht zählt dieses fast unglaubliche Tun zur „Frechheit“, von der er schreibt (s. unten), „mit der ich damals jedem Übergriff in meinem Bereich entgegen getreten bin“.

Die bemerkenswerte Antwort dieses Bekannten aus gemeinsamen Schultagen, der sich als „Oberstleutnant in Berlin“ vorstellt, ist erhalten. Er schreibt: „Mit Erstaunen haben wir davon Kenntnis genommen, dass man Dir Deine Schreibmaschine u. a. beschlagnahmt hat, weil du den Soldaten Briefe ins Feld sandtest. Das hat die Soldaten in ihrer schweren Pflichterfüllung nur gestärkt. Ich würde mich an Deiner Stelle hier kräftig zur Wehr setzen und energisch vorgehen (...).“ Aber dann schlägt dieser Oberstleutnant in Berlin plötzlich einen ganz anderen Ton an und fährt fort: „Wir haben jetzt in diesem schweren Ringen, im Kampf um Leben und Tod, doch wahrhaftig andere Sorgen als dass ein Pfarrer seinen Pfarrkindern aus der Heimat berichtet. Das kann nicht der Wille des Führers sein.“

„Energisch vorgehen“ – dazu hatte der Pfarrer, enttäuscht und insbesondere von seinem Erzbischof allein gelassen, nicht mehr die Kraft. Obwohl auf seinen Hilferuf vom 12. Februar 1943 an seinen Erzbischof keine Antwort gekommen war – jedenfalls findet sich in Akten kein Beleg –, schrieb er am

2. März noch einmal an das Ordinariat. Er schreibt von seiner Angst vor dem Konzentrationslager und berichtet noch einmal, was die Gestapo ihm angetan hatte. Dieser Brief ist ein bewegender Ausdruck seiner Niedergeschlagenheit und seiner Ratlosigkeit, und er bittet, „man möge von dort (Anm.: vom erzbischöflichen Ordinariat Freiburg) aus Weiteres veranlassen, oder aber mir Anweisung geben, was ich tun soll“. Und resigniert fährt er fort: „Ohne meine beiden wertvollen Maschinen wird es mir unmöglich sein, den Kriegern meiner Pfarrei das zu geben, worauf sie warten und wozu ich ein natürliches Recht und eine dienstliche Verpflichtung habe.“ „Natürliches Recht“ und „dienstliche Verpflichtung“ sind unterstrichen.

Dieser Brief vom 2. März 1943 ist das letzte Dokument in den Akten. Es ist ein bewegender Ausdruck der Niedergedrücktheit des Pfarrers und zeigt, welche Veränderung in dem all die Jahre hindurch kämpferischen und weitgehend unerschrockenen Mann inzwischen vorgegangen war.

Der Pfarrer bekam seine Schreibmaschine und den Vervielfältiger natürlich nicht zurück. Soldaten, die den Krieg und die Gefangenschaft überlebt hatten, bestätigten nach Jahren, wie sehr erwartet und wichtig ihnen die Post vom Heimatpfarrer gewesen war, und wie groß ihre Enttäuschung war, als dieser Gruß und diese Bestärkung aus der Heimat ausblieben. Der Pfarrer hat nach Kriegsende übrigens versucht, sein geraubtes Eigentum in Karlsruhe ausfindig zu machen – natürlich ohne Erfolg.

1945: der Weltkrieg ist zu Ende. Die Gemeinde musste den Tod von 231 Männern beklagen. Der Schulleiter und stellvertretende Ortsgruppenleiter sagte, er sei „schon immer dagegen“ gewesen. Unter einer Decke und auf dem Dachboden des Schulhauses habe er „Feindsender gehört“. Er zog sich in seine Schule und dann ins Private zurück und blieb unbehelligt. Der Nazi-Bürgermeister auf dem Rathaus floh vor den anrückenden Franzosen. Sein weiteres Schicksal ist nie ganz geklärt worden. Schon einmal, nach Kriegsende 1918, hatten sich die Hauptverantwortlichen und Schuldigen davongemacht. Zu denen, die sich jetzt, in den Jahren nach 1945, um die Hinterlassenschaft von zwölf Jahren Krieg und Terror kümmern mussten, zählte auch der Pfarrer. Er ging in die Häuser zu den Menschen, die um ihre Toten trauerten, wie er schon in den Kriegsjahren, als fast wöchentlich Nachrichten vom Tode eines Vaters, eines Bruders, eines Sohnes einbrachen, in die Häuser gegangen war, um den Leidtragenden

beizustehen. Dann kamen aus ihrer Heimat in Schlesien, Ostpreußen und in Pommern vertriebene Menschen protestantischer Konfession, fast 200, in das rein katholische Dorf mit knapp 3000 Einwohnern. Der Pfarrer stellte das Gemeindehaus unverzüglich als Notunterkunft zur Verfügung, sein Schlafzimmer räumte er aus und stellte sein Bett hinter ein Bücherregal in seinem Schreibzimmer – das sollte dann auch so bleiben! – und nahm in das Pfarrhaus eine Familie mit zwei Kindern auf. In leicht vorwurfsvollem Ton sagte man von ihm, er würde sein letztes Hemd geben. Die Flüchtlinge, wie man sie noch lange nannte, waren ja nicht immer gerade willkommen. Er ging deshalb in die Häuser, in die die Vertriebenen eingewiesen waren, suchte zu vermitteln, den Frieden wieder herzustellen.

Als nach wenigen Jahren die ersten protestantischen Vertriebenen in katholische Familien im Dorf einheirateten, vollzog er, der als junger Priester noch den „Antimodernisteneid“<sup>12</sup> hatte ablegen müssen, zusammen mit einem angereisten protestantischen Pastor die ersten sogenannten ökumenischen Trauungen – das 2. Vatikanische Konzil mit dem „Dekret über dem Ökumenismus“ kam erst 20 Jahre später.

Über 27 Jahre hin, bis zum Jahre 1960, wirkte er in der Gemeinde, bis ihn ein fortschreitendes Augenleiden zwang, seinen priesterlichen Dienst aufzugeben. Er hat diesen Dienst immer als seine Berufung und als die ihm von Gott übertragene Aufgabe verstanden, wobei er oft Strenge mit heftigen und ungeduldigen Ausbrüchen, aber auch eine große Güte und Frömmigkeit und nicht zuletzt eine große theologische und literarische Bildung in sich vereinte. Was auch immer über ihn gesagt wird: Er hat keinem seiner Peiniger etwas nachgetragen. Seine beeindruckend starke Persönlichkeit und der große Rückhalt in seiner Gemeinde waren es wohl, die ihn letztlich vor dem Schlimmsten bewahrten. Die Gemeinde ehrte ihn bei seiner Verabschiedung mit der Würde eines Ehrenbürgers. Er hat sich, so in der Würdigung, „als Hirte und Seelsorger in den Herzen der Pfarrkinder ein Denkmal gesetzt“.

Am 29. Mai 1979 starb er im Pflegeheim „St. Jakob“ in Schutterwald und wurde am 31. Mai, seinem Wunsche entsprechend, auf dem Friedhof seiner Gemeinde beigesetzt, „begleitet von einer unübersehbaren Menschenmenge und 22 Priestern“<sup>13</sup>.

Auf die Innenseite des Deckblattes des Aktenbündels hatte der Pfarrer geschrieben:



*„In diesem Faszikel ---*

*Ist nicht alles gerade salomonisch klug, was ich mir geleistet habe; aber Jahrzehnte nach dem bösen Spuk es wieder gelesen zu haben, brachte mir manchen Spass.*

*1.) Wegen der Frechheit, mit der ich damals jedem Übergriff in meinem Bereich entgegen getreten bin: ich habe viel vergessen gehabt.*

*2.) Wegen der Feigheit, mit der sich die Attackierten fast immer gekuscht haben. Dabei ist noch viel ‚auch = Passiertes‘ gar nicht ‚aktenkundig‘, aber in der Erinnerung wohl aufgehoben. Zumeist aus Besuchen der oder bei der Gestapo.*

*Ettenheim, am 2./3. Mai 1967, 3 Uhr früh ...*

*Aber im Vergleich mit dem, was mein Namensvetter Feldwebel Anton Schmid (siehe Rückseite) getan hat, ist alles hier Festgehaltene nichts anderes als ein fast wesenloses Schattenspiel.“*

Anm. 1: Auf der Rückseite des Deckblattes finden sich eingeklebte Fotos. Sie zeigen Szenen aus einem Spielfilm, in dem gezeigt wird, wie der „Feldwebel Anton Schmid“ aus dem Ghetto in Wilna jüdische Menschen rettet und dann am 23.4.1942 erschossen wird.

Anm. 2: Als am 15. April 1945, an einem Sonntagnachmittag, die Franzosen in Schutterwald einrückten, Gott sei Dank kampfflos, nahm Pfarrer Schmid eine Person, die ihm zwölf Jahre hindurch das Leben besonders schwer gemacht hatte und die sich zu ihm ins Pfarrhaus geflüchtet hatte, unverzüglich auf, um ihn vor den Besatzern in Sicherheit zu bringen. Nach einigen Tagen traute der Mann sich wieder nach Hause. Es ist ihm nichts geschehen, der Pfarrer hatte bei den Franzosen für ihn gesprochen.

## Anmerkungen

- 1 Bad. Gemeindestatistik für die Gemeinden des Landes Baden 1940 – Statist. Landesamt Karlsruhe
- 2 Bad. Gemeindestatistik für die Gemeinden des Landes Baden 1940 – Statist. Landesamt Karlsruhe
- 3 Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 23 vom 3. September 1933
- 4 ebd.
- 5 Der „Kanzelparagraph“ von 1871, § 130a StGB untersagt Geistlichen in Ausübung ihres Amtes jede politische Stellungnahme. 1953 aufgehoben.
- 6 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Kreisgeschäftsstelle, Az1Js 68/34
- 7 Zeitung „Der Führer“: von 1927 an „Hauptorgan der NSDAP Gau Baden – Badischer Staatsanzeiger“. Wurde im Februar 1945 wegen Papiermangels eingestellt.
- 8 Höfen: Ortsteil von Schutterwald, ca. 1,5 km vom Ortszentrum entfernt.
- 9 Dr. Adolf Rösch, Generalvikar der Erzdiözese Freiburg, 1935–1944. U. a. Geschichte des Kulturkampfes in Hohenzollern
- 10 Gottfried Keller, 1819–1890, Schweizer Politiker und Schriftsteller
- 11 Bad. Gemeindestatistik für die Gemeinden des Landes Baden – Statist. Landesamt Karlsruhe
- 12 „Antimodernisteneid“: am 1. September 1910 von Papst Pius X eingeführt, die Priester verpflichtend, den sog. Modernismus abzulehnen.
- 13 Offenburger Tageblatt 02.06.1979